

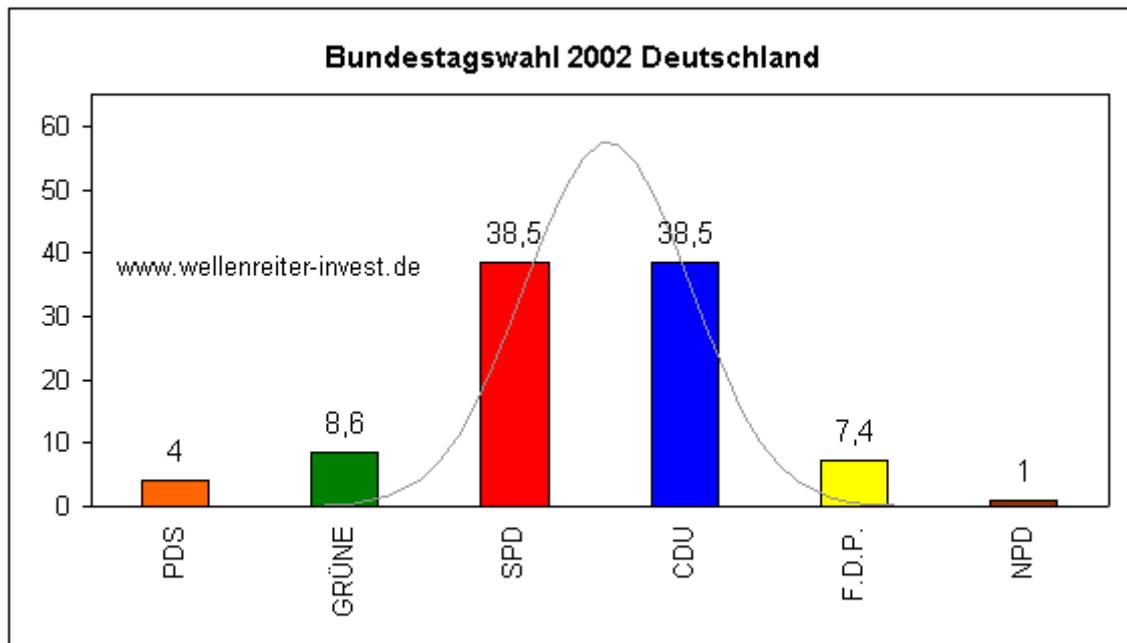
Rechts, Links, Bürgerlich

- Normalverteilung von Wählerstimmen
- Weimar: Fünf Wahlen und die Mitte ist verschwunden
- NSDAP-Erfolge sind eine Funktion der Arbeitslosigkeit
- Sachsen und das Abschmelzen der bürgerlichen Mitte
- Nicht Arbeit, sondern gleich das Geld
- „Deficit Spending“: Keine Alternative?

Uns hat interessiert, ob das Ergebnis der Landtagswahl in Sachsen für die Zukunft Deutschlands eine Änderung der bisherigen gesellschaftlichen Richtung bedeutet oder ob es sich bei der Radikalisierung im linken und rechten Parteienspektrum um einen Einmaleffekt handelt, der sich bereits bei den kommenden Wahlen wieder zurückbilden wird.

Für die Analyse gilt die Annahme, dass das Wahlverhalten einer statistischen Normalverteilung - der so genannten Gaußschen Glockenkurve - folgt. Die Mehrheit der abgegebenen Stimmen konzentriert sich in solch einem Fall auf die großen Volksparteien.

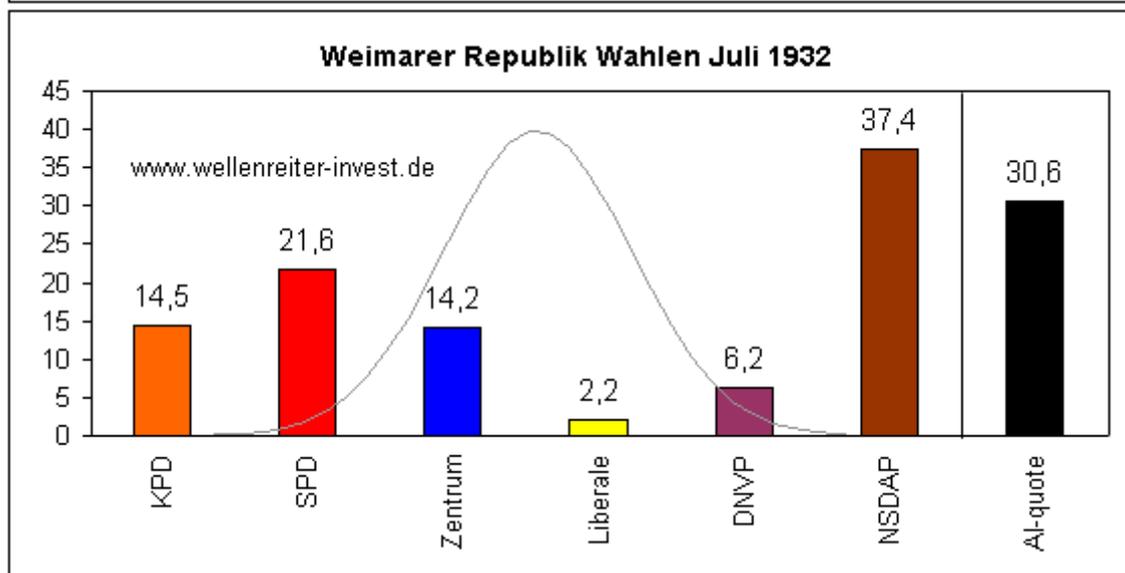
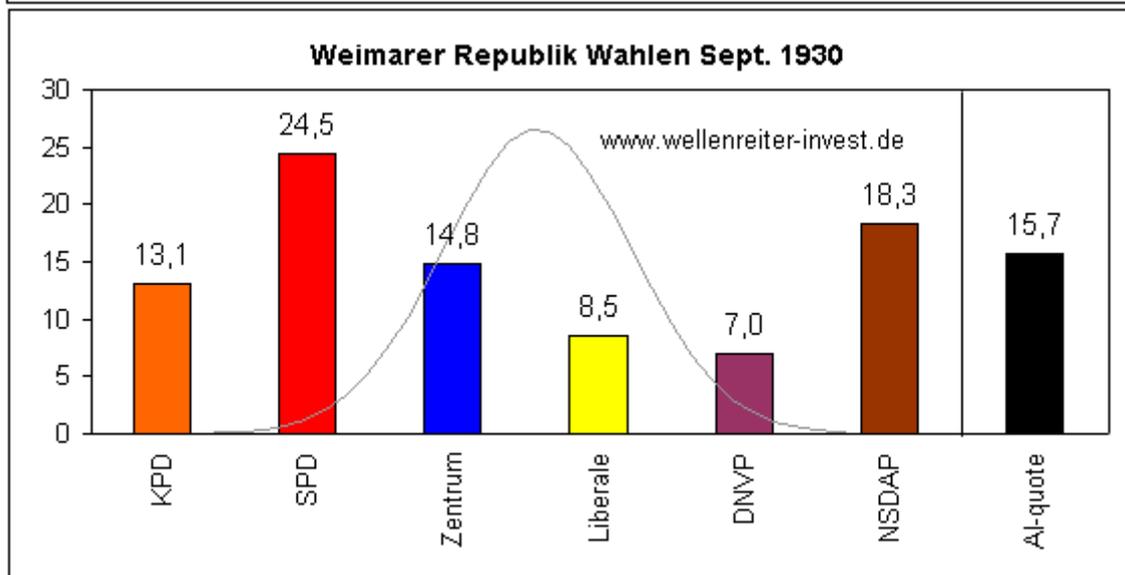
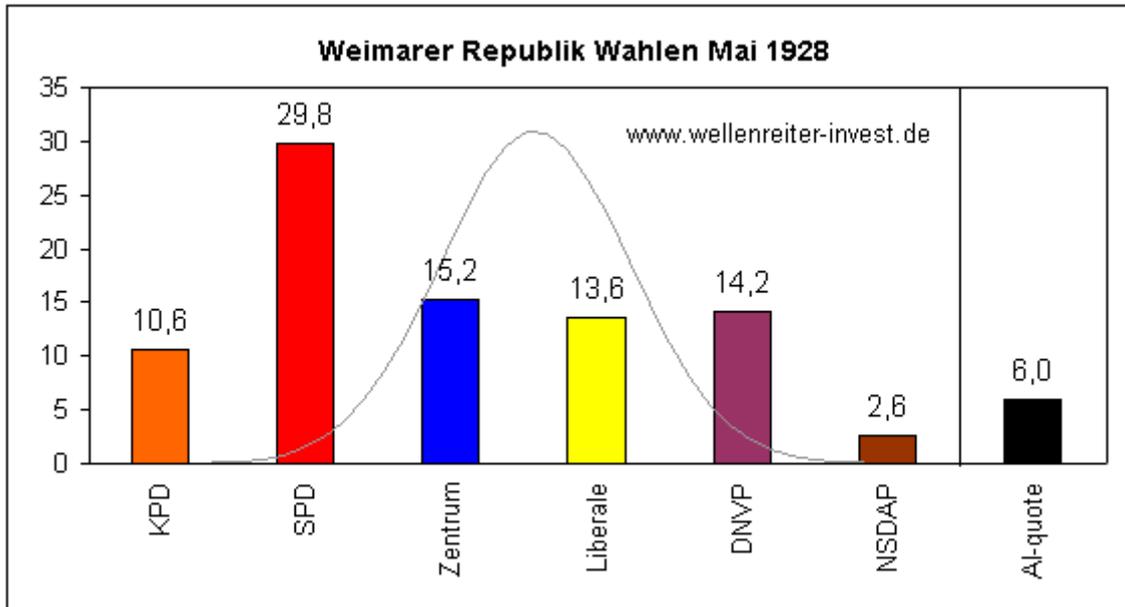
Dieses Verhalten soll exemplarisch anhand der Bundestagswahl 2002 dargestellt werden. Auf dem folgenden Chart sind die Parteien gemäß ihrem Platz im Spektrum der Parteienskala dargestellt.

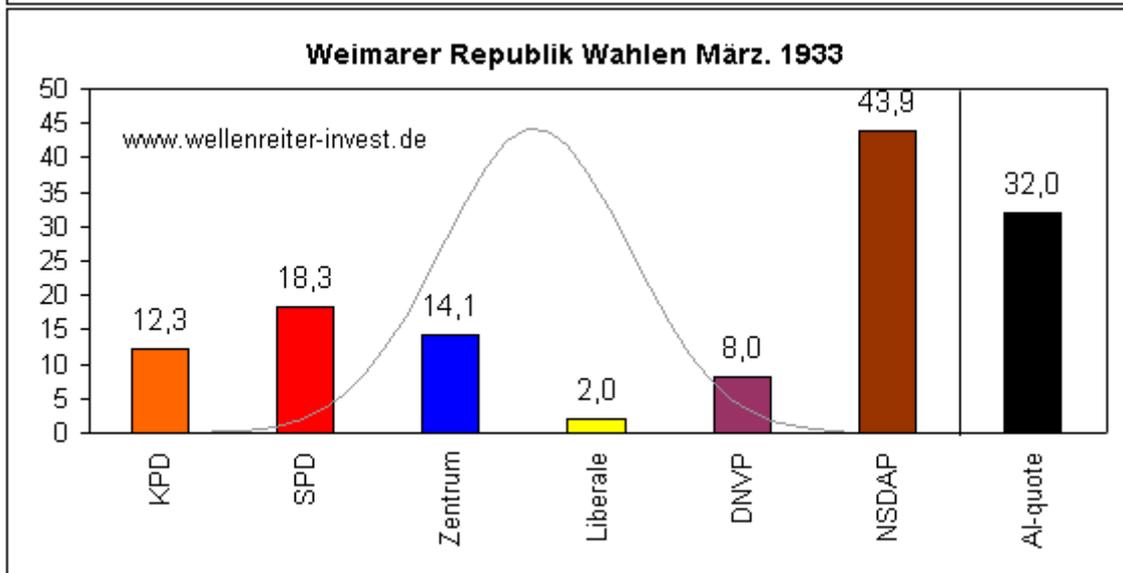
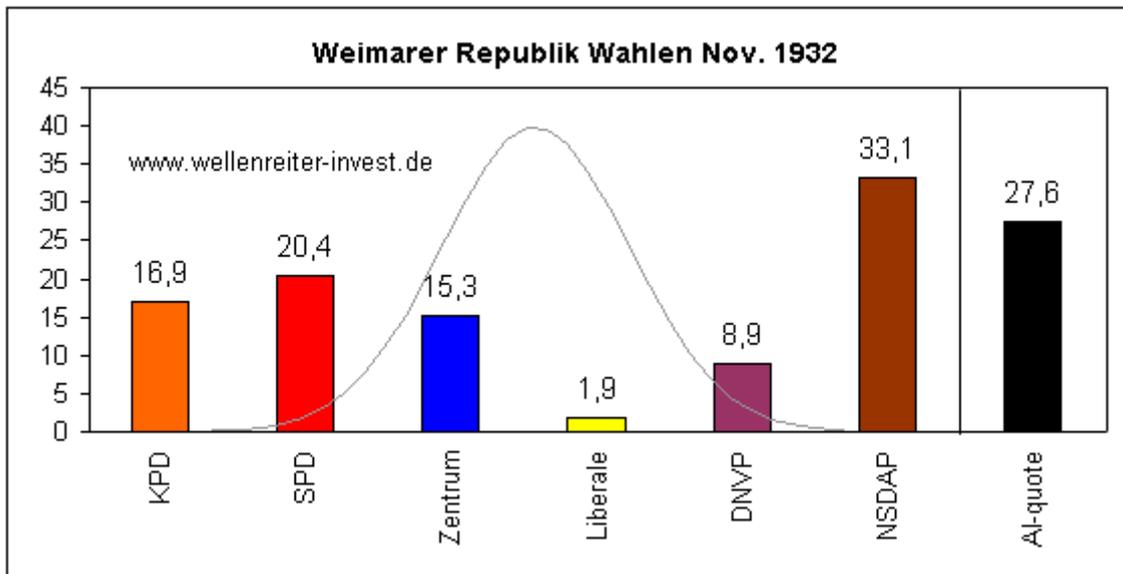


Die Grafik zeigt, dass das Wählerverhalten des Jahres 2002 in etwa einer Normalverteilung entspricht: Die Mitte dominiert.

Doch dies war und ist nicht immer so. Man denke an die Jahre 1928 bis 1933. Innerhalb dieses Zeitraums wurden in der Weimarer Republik fünf Reichstagswahlen abgehalten. Wir zeigen die Grafiken aller fünf Wahlen nacheinander, damit sich der Leser ein Bild der Veränderungen machen kann. Zusätzlich ist am rechten Rand der Grafik die jeweils zum Wahlzeitpunkt herrschende Arbeitslosenquote notiert.

Man achte bei der Durchsicht besonders auf die Veränderungen in der Mitte der jeweiligen Grafiken sowie auf die Veränderung der Arbeitslosenquote.





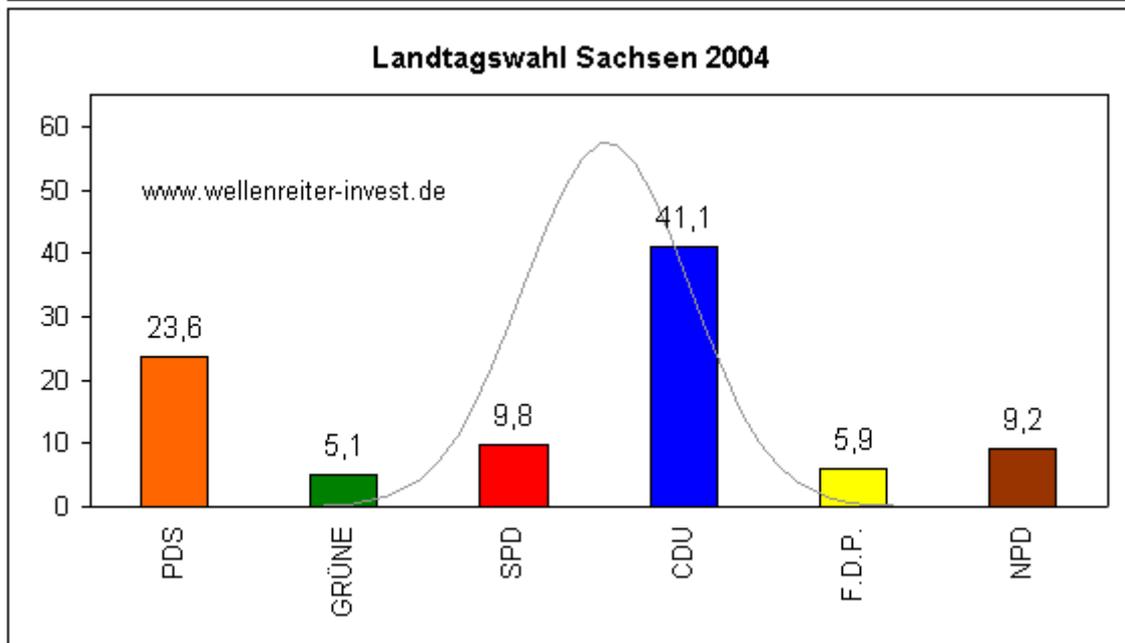
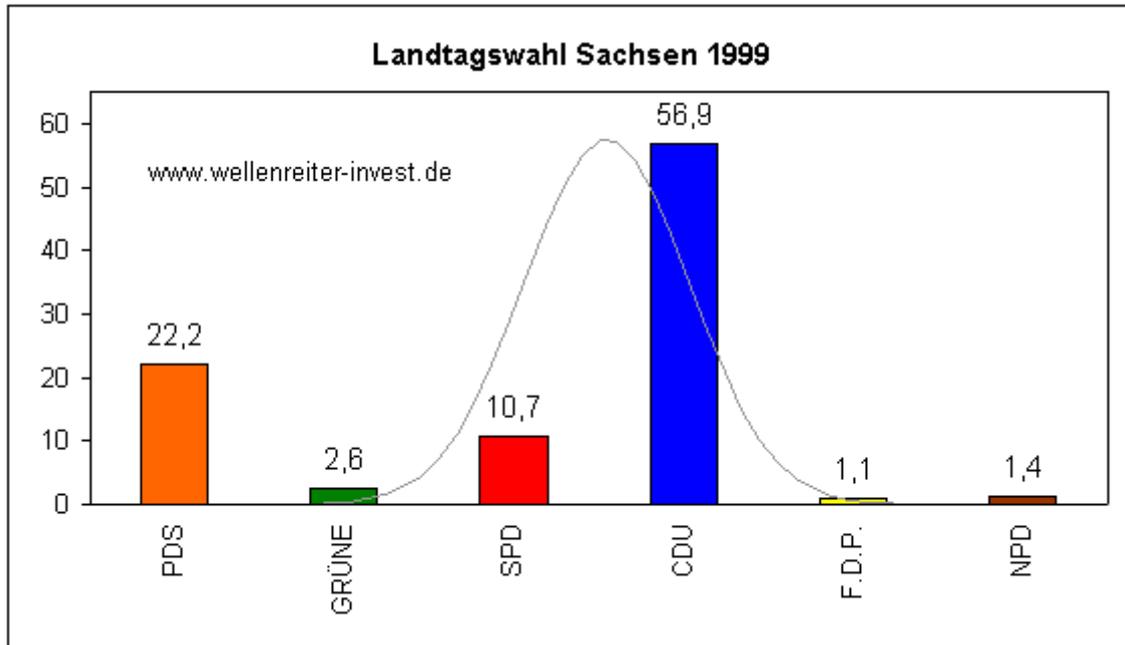
Nach den Wahlen im März 1933 konnte Hitler mit Hilfe der DNVP die Regierung stellen.

Man beachte den Zusammenhang zwischen der Zunahme der Arbeitslosenquote und dem Stimmenzuwachs der NSDAP. Der Korrelationskoeffizient zwischen beiden Datenreihen beträgt 0,9935. Ein Koeffizient von 1 bedeutet eine absolute Parallelentwicklung; ein Koeffizient von 0 bedeutet, dass zwei Datenreihen nicht im Entferntesten etwas miteinander zu tun haben.

Um ein Gefühl dafür zu bekommen, was eine Korrelation von 0,9935 bedeutet, sollte folgendes Beispiel ausreichen: Zwischen dem Nasdaq-Index und dem US-Halbleiter-Index besteht eine Korrelation von 0,9550; zwischen dem Nasdaq-Index und dem Nasdaq 100-Index eine Korrelation von 0,9923.

0,9935: Mathematisch ausgedrückt war der Aufstieg der NSDAP eine Funktion der in der Weltwirtschaftskrise Anfang der 30er Jahre brutal steigenden Arbeitslosigkeit. Diese betrug in ihrer Spitze mehr als 30% – die versteckte Arbeitslosigkeit nicht mitgerechnet.

Mit diesem Wissen gewappnet wollen wir die Landtagswahl in Sachsen analysieren. Betrachtet man die nachfolgenden Grafiken, erkennt man deutlich ein Nach-Außen-Drängen der Wähler zu den Rändern des Parteienspektrums, wenn man die Wahlen von 1999 und 2004 miteinander vergleicht.



Die Arbeitslosigkeit in Sachsen beträgt gegenwärtig mehr als 17 Prozent.

Geschichte wiederholt sich nicht, aber sie reimt sich, hat Mark Twain einmal gesagt. Wir maßen uns nicht an, eine detaillierte Analyse dieser Wahlen liefern zu wollen. Heerscharen von Wahlforschern erledigen diese Arbeit bereits und liefern den Parteien Futter für kommende Strategiedebatten.

Doch wir erlauben uns, die Möglichkeiten der bürgerlichen Parteien zu skizzieren. In der Weimarer Republik haben sich die bürgerlichen Parteien darauf konzentriert, Inflation und Verschuldung im Griff zu behalten – kein Wunder nach der Hyperinflation von 1923. Die radikalen Parteien dagegen forderten Arbeit und Einkommen für ihre Klientel, notfalls auch durch eine Erhöhung der Staatsausgaben („Deficit Spending“). Es ist bekannt, welcher Weg sich letztendlich durchsetzte.

Der Wohlfahrtsstaat ist heute viel weiter gediehen als damals. Heute fordern die radikalen Parteien nicht Arbeit, sondern gleich das Geld für ihre Klientel. Sollte die

gegenwärtige Wirtschaftskrise weiter anhalten und die Arbeitslosigkeit weiter steigen, werden die radikalen Parteien weitere Zugewinne verbuchen können.

Nicht der Staat, sondern das Individuum und dessen Bedürfnisse sind Wahl entscheidend. Solidarität ist ein Fremdwort, wenn man glaubt, benachteiligt zu sein. Den bürgerlichen Parteien bliebe dann nur noch ein Weg: Selbst „Deficit Spending“ in Keynesianischer Manier zu betreiben. US-Präsident Bush nutzt diesen Weg bereits, und den Europäern wird wohl nichts anderes übrig bleiben, als dem großen Nachbarn jenseits des Atlantiks zu folgen. In einem solchen Fall würden sich Inflation und Verschuldung ein Wettrennen liefern. Doch Parteien – ob bürgerlich oder nicht – wollen Wahlen gewinnen. Und dafür müssen – und werden - sie in der heutigen Situation einen hohen Preis bezahlen.

Robert Rethfeld
Wellenreiter-Invest

rrethfeld@wellenreiter-invest.de

www.wellenreiter-invest.de